

(Beifall von der FDP und von der CDU)

die auch nicht an der zweiten Abstimmung teilgenommen hat. Den Hinweis, Herr Innenminister, wollte ich Ihnen doch noch in meiner persönlichen Erklärung geben. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine weitere persönliche Erklärung des Herrn Abgeordneten Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich entschuldigen, und zwar für die Mitglieder dieses Parlaments, bei den Besuchern da oben.

(Beifall von der LINKEN)

Ich halte es für ein unwürdiges Gezeter, das hier stattfindet. Das ist dieses Parlaments nicht würdig.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Es erinnert mich in gewisser Weise an die Vorkommnisse in den letzten Monaten in der Ukraine.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Es fehlen hier nur noch die Handgreiflichkeiten. Es ist beschämend, was hier passiert.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zu:

5 Erstes Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Erstes KiBiz-Änderungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1929

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass wir heute zur ersten Lesung des Ersten KiBiz-Änderungsgesetzes kommen können. Wir haben einen wichti-

gen Leitgedanken damit verbunden. Es geht bei der Grundrevision des Kinderbildungsgesetzes um weniger Gebühren und mehr Qualität für unsere Kindertageseinrichtungen.

Ein Blick in den Lebensalltag der Menschen zeigt ein Dilemma, in dem unsere Gesellschaft steckt.

(Unruhe)

– Herr Präsident, ich glaube, ich warte noch ein wenig.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Ja, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte all diejenigen, die ganz wichtige Gespräche führen müssen, das außerhalb des Plenarsaals zu tun. – Ansonsten hat die Ministerin das Wort und auch die Aufmerksamkeit des Parlaments verdient.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Danke schön, Herr Präsident.

Zunehmend sind Kinder und damit Familien mit Kindern die Verlierer des ökonomischen und sozialen Wandels. Das machen die vielen Armuts- und Gesundheitsberichte deutlich, die uns in den Medien präsentiert werden. Zuletzt hat uns die OECD-Studie auch noch einmal klar gemacht, dass wir im Bereich der Familienpolitik in Deutschland mehr tun müssen: „Doing Better For Families“ – so titelt diese Studie.

Unsere Antwort seitens der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist: Wir wollen jedes Kind mitnehmen – und das schon im frühen Kindesalter. Und wenn wir hier mehr investieren, dann zahlt sich das später doppelt und dreifach aus, ob bei der Verringerung der sozialen Folgekosten, ob bei der Beseitigung von Fachkräftemangel oder aber in unserer Wirtschaftskraft.

Wir haben also gute Gründe dafür, dass wir beste Bildung für alle Kinder wollen – von Anfang an. Wir sind uns darüber einig – jedenfalls in großen Teilen des Parlamentes –, dass das sogenannte Kinderbildungsgesetz dafür im Moment nicht die richtigen Rahmenbedingungen bietet, denn die Kritik daran ist von Anfang an nie abgerissen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir haben uns also als eines unserer Hauptziele eine Grundrevision des KiBiz vorgenommen. Wir machen in diesem Fall einen ersten wichtigen Schritt, um einige Änderungen zum kommenden Kindergartenjahr durchführen zu können.

(Erhebliche Unruhe – Glocke)

Wir wollen dabei die Qualität der frühen Bildung verbessern. Wir setzen auch auf die Bildungsgerechtigkeit bei dem Einstieg in die Beitragsfreiheit, und parallel zum Gesetz wollen wir auch eine Inves-

tionsoffensive für mehr Plätze im U3-Bereich auf den Weg bringen.

Was schaffen wir also in diesem ersten Schritt der KiBiz-Grundrevision zum 01.08.2011?

Es gibt eine spürbare Verbesserung der Personalausstattung für die unter Dreijährigen. Wir stellen mehr Mittel für zusätzliche Ergänzungskraftstunden zur Verfügung, und wir schaffen damit auch wieder mehr Einsatzmöglichkeiten für Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger.

Wir stärken die Familienzentren. Wir erhöhen die Landesförderung für alle Familienzentren von 12.000 € auf 13.000 € jährlich. Familienzentren in benachteiligten Stadtteilen erhalten insgesamt 14.000 €. Wir stärken die Elternmitwirkung und damit die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Erzieherinnen und Erziehern. Und wir wollen natürlich die Inklusion vorantreiben. Dafür erhöhen wir die Kindpauschalen für unter Dreijährige, die mit 45 Stunden in der Gruppenform 2 betreut werden, um 1.000 €.

Ergänzend zu diesem ersten KiBiz-Änderungsgesetz sorgen wir auch dafür, dass zusätzliche Berufspraktikanten und -praktikantinnen beschäftigt werden können, und schaffen in den nächsten zwei Jahren finanzielle Anreize für 1.000 entsprechende Stellen.

Noch einmal, meine Damen und Herren: Das kann natürlich nur ein erster Schritt sein. Wir sind in einem Prozess, um das auch noch einmal für die Damen und Herren der Oppositionsfractionen deutlich zu machen, der am Ende des Tages auch ein Gesetz haben wird, das auch einen anderen Namen bekommen soll.

Die Arbeit, meine Damen und Herren, in den Kitas hat sich aber besonders durch die Betreuung und die zunehmende Anzahl von ein- und zweijährigen Kindern stark verändert. Darauf reagieren wir schon in der ersten Stufe dieses Gesetzes, indem wir die Personalausstattung genau für diese Kindergruppe um 8 % erhöhen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage hier auch: Wir wären gerne direkt bei der ersten Runde noch weiter gekommen. Das möchte ich nicht verschweigen. Die kommunalen Spitzenverbände haben deutlich gemacht, dass sie unsere Qualitätsverbesserungen, unsere Maßnahmen sehr begrüßen, aber sie haben dann nach Erörterung gesagt, dass sie sich an den Kosten dafür nicht beteiligen wollen.

Ehrlich gesagt: Verständnis und Enttäuschung halten sich bei mir in dem Fall die Waage, denn ich weiß, wie es um die Situation der Kommunalfinanzen steht. Aber wir haben uns trotzdem ganz klar entschieden: Als Landesregierung halten wir unser Versprechen, und wir stellen 100 Millionen € pro

Jahr für die bessere Personalausstattung für die Kinder unter drei Jahren zur Verfügung.

(Beifall von der SPD)

Wir halten auch Wort bei einer weiteren Zusage, bei der Gebührenfreiheit für Bildung. Bildung muss eigentlich für alle selbstverständlich frei zugänglich sein, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Und mit dem Einstieg in die Beitragsfreiheit machen wir einen wichtigen Schritt hin zu mehr Chancengleichheit und zu einer neuen Kultur der frühkindlichen Förderung, denn beides brauchen wir sehr dringend. Gleichzeitig entlasten wir mit diesem Schritt auch noch mal unsere Kommunen, aber vor allem auch die Eltern.

Entgegen den Behauptungen, die gelegentlich Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP aufstellen, sind das in erster Linie nicht die besser verdienenden Eltern. Denn jeder weiß: Wo kleine Kinder sind, da ist das Geld in den Familien knapp. Ich nenne Ihnen noch einmal eine Zahl: 11 % der Familien mit fünfjährigen Kindern haben in Nordrhein-Westfalen laut Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 ein Haushaltsnettoeinkommen von 48.000 € und mehr. 11 %!

Nicht dass Sie mich an dieser Stelle falsch verstehen. Ich würde mich ja freuen, wenn wir, wie Sie sagen, so viele reiche Eltern in unserem Land Nordrhein-Westfalen hätten, die angeblich alle massenhaft entlastet würden. Aber ganz im Gegenteil – das zeigen seriöse Studien – stellen Kinder das größte Armutsrisiko in unserer Gesellschaft dar. Und das ist in einem der reichsten Länder der Welt ein Armutszeugnis.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Sie nicht wissen, wie es in der Mehrzahl der Familien in Nordrhein-Westfalen läuft und wie es um die finanzielle Situation bestellt ist. Ich nenne Ihnen noch einmal ein Beispiel: Bei einem Einkommen von etwas mehr als 50.000 € brutto, davon abgezogen die Kosten, die vom Finanzamt, für Sozialabgaben und Ähnliches erhoben werden, bleiben 2.500 bis 2.600 € netto für eine Familie mit einem Kind übrig, Steuerklasse IV.

Diese Familie bezahlt in Bonn, Bielefeld und Bochum zwischen 150 € und 200 € Kindergartengebühren monatlich. Hinzu kommen noch das Essensgeld für Mahlzeiten, locker mal 50 € bis 60 € im Monat, und viele andere Dinge, die Kinder brauchen, wie Bastelgeld, Ausflugsgeld, Geld für Anschlussbetreuung und alles Mögliche, was Kinder tatsächlich in ihrem Umfeld, in ihrer Familie brauchen.

Wenn Sie das alles zusammenrechnen, kommt für Familien fast eine zusätzliche Miete – oder aber auch so viel, wie in der Vergangenheit Studiengebühren für ein Semester betragen – zusammen. So

viel bedeutet das für Familien, von denen wir sagen: Das sind die Leistungsträger in unserer Gesellschaft, das ist das Rückgrat unserer Gesellschaft.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kann hier eine Mutter zitieren, die gesagt hat, dass man sich schon entscheiden muss: Kinder oder Altersvorsorge. Ich sage noch einmal: Dass das in einem der reichsten Länder der Welt so ist, ist schlicht und einfach ein Skandal.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das, was Sie behaupten, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, geht an der Realität der breiten Masse der Familien komplett vorbei. Der Einstieg in die Beitragsfreiheit kommt bei den Familien im sogenannten Bauch der Gesellschaft direkt als Entlastung an. Wir machen also ernst mit unserem Ziel: beste Bildung für alle von Anfang an. Mit diesem Gesetzentwurf steigen wir in die Verbesserung für Bildung ein. Es werden weitere Schritte folgen. Ich freue mich auf die Debatten bzw. die Diskussion. Vor allem freue ich mich darüber, dass es für Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen ein Stück nach vorne geht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Kollege Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es erwartet: Außer Allgemeinplätzen und kritischen Anmerkungen, die teilweise aus der Luft gegriffen sind, habe ich heute wieder nichts Neues gehört. Wenn jemand in diesem Hohen Hause in dieser Rede etwas von Qualität gehört hat, dann weiß ich nicht, in welcher Veranstaltung der war. Ich kann nicht erkennen, dass hier über Qualität diskutiert wurde. Ich höre auch wieder laute Ankündigungen, was in Zukunft gemacht werden soll. Das kann ich im Gesetzentwurf überhaupt nicht erkennen.

Ich erinnere auch daran, dass die Ministerin mit ihren Äußerungen, die nicht haltbar sind, fortfährt. In diesem Zusammenhang erinnere ich auch an das im letzten Jahr und Anfang dieses Jahres erwähnte Stichwort „Bauruinen“. Das hat sich als Flop erwiesen. Es war auch irgendwie aus der Luft gegriffen. Nichts ist bewiesen, meine Damen und Herren. Wahr ist aber – das muss ich Ihnen von der Regierungskoalition deutlich sagen –, dass die schwarz-gelbe Regierung mit dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern endlich Akzente gesetzt hat, um eine echte Förderung von Kindern herbeizuführen. Da ging es wirklich um Qualität und eine wesentliche Verbesserung. Sie haben das alles in den letzten Jahrzehnten verpennt. Wir haben es

angepackt und damit Kindern und Jugendlichen eine positive Zukunftsperspektive gegeben. Und wir haben ihnen neue Chancen gegeben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Dass wir heute überhaupt über dieses Gesetz bzw. die Revision diskutieren, das liegt nicht an Ihnen. Das haben wir festgeschrieben.

(Lachen von der SPD)

-Ich habe mir gedacht, dass Frau Asch lacht. Wenn sie lacht, ist sie auch sympathischer, als wenn sie ernst guckt. Aber Sie sollten sich mal § 28 des Kinderbildungsgesetzes anschauen. Darin steht genau definiert, was wir mit den Spitzenverbänden verabredet haben.

Ich darf auch daran erinnern, dass wir zum ersten Mal eine Vereinbarung über die Qualität und die Personalschlüssel mit allen wesentlichen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit getroffen haben. Das haben wir nicht allein gemacht. Wir haben das in Solidarität mit den Spitzenverbänden gemacht, die uns in Bezug auf diese Angelegenheiten tatsächlich unterstützen.

Wir sind es, die Sie immer wieder daran erinnern müssen, was eigentlich 1999 war. Das alles ist schon wieder vergessen. Nach zwölf Jahren weiß man nicht mehr, dass man damals im Kindergartenbereich 440 Millionen DM gekürzt hat. Davon redet keiner mehr, wie viele Stellen das waren. Sie waren es, die Kindergartensysteme kaputtgemacht und die Qualität gesenkt haben. Wir haben sie verbessert. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis, und kommen Sie nicht mit platten Sprüchen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich erinnere auch daran, Kolleginnen und Kollegen: Wer hat denn eigentlich die Qualität ins Gesetz geschrieben? Wer hat das gemacht? Wer hat den Bildungsbegriff neu definiert und ins Gesetz geschrieben? Waren Sie das? Sie haben das GTK – dieses alte Gesetz, das nicht zukunftsorientiert war – vertreten.

Wir waren es, die faktisch die Gruppen verkleinert haben. Und wir waren es, die den U3-Ausbau vorangetrieben haben.

(Zurufe von der SPD)

– Entschuldigung, die Wahrheit ist schwer zu ertragen. Das ist klar. Aber in Bezug auf Sozialdemokraten habe ich schon länger ein Problem, weil sie oft die Wirklichkeit ausblenden.

Wir waren es, die haushalterisch die Ausgaben von 750 Millionen € auf jetzt 1,3 Milliarden € – ohne dass wir Kredite aufgenommen haben – erhöht und finanziert haben. Wir haben das solide finanziert.

Wer hat sich, meine Damen und Herren, bisher immer gegen die Kindertagespflege gewehrt?

(Zuruf von der SPD)

– Herr Kollege, Sie waren damals nicht einmal im Landtag. Sie sollten das einmal nachlesen. Lesen bildet – nicht nur im Kindergarten, auch bei Ihnen.

Wir haben die Kindertagespflege ins Gesetz aufgenommen. Sie, die Sozialdemokraten, haben das jahrelang blockiert. Sie haben sich geweigert, die Kindertagespflege als eine Alternativform anzuerkennen. Ich kann mich gut daran erinnern, wie Frau Krauskopf, wie wir die Diskussion hier im Parlament geführt haben. Vergessen Sie das nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Asch?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Nein, danke.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage. Bitte schön.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Meine Damen und Herren, ich wollte Sie nur daran erinnern. Also bitte! Kritisieren Sie nicht lautstark, versprechen Sie nicht so viel – ich komme gleich noch einmal darauf zurück, was Sie alles versprochen haben –, denn es zeigt sich, dass es meistens nur heiße Luft ist.

Frau Asch, ich habe bei dem, was Sie am 11. Mai veröffentlicht haben, gedacht: Da müssen doch die Hühner lachen. Es hieß: „Rot-Grün setzt mit diesem Gesetzentwurf ein zentrales Wahlversprechen um.“ Entschuldigung, lesen Sie mal Ihre Wahlprogramme durch. Vielleicht darf ich Sie daran erinnern, was dort alles drinsteht. Die SPD hat im Wahlprogramm 2010 zum Beispiel ein neues Kinderbildungsgesetz mit Berücksichtigung bedarfsgerechter Pauschalen erwähnt. Warum haben Sie unser Gesetz 1:1 übernommen? Die Pauschale ist – bis auf den letzten Cent – genau in den neuen Gesetzentwurf übernommen worden.

Frau Schäfer, Sie haben noch am 26.11.2010 gesagt – ich zitiere –: „Es geht konkret um die Frage der Angebote, um die Betreuungszeiten, um die Höhe der Kindpauschalen.“ Sie haben nichts gemacht, sondern die Kindpauschalen aus unserem Gesetzentwurf übernommen.

Ich könnte auch noch Wolfgang Jörg zitieren. Der hat in den letzten Monaten allerdings dermaßen übertrieben, dass er es jetzt nicht mehr einhalten kann. Es ist schon nicht mehr schön, wenn man die Bevölkerung erst wild macht und sie anschließend auflaufen lässt.

Frau Altenkamp, Sie haben Beitragsfreiheit in dieser Wahlperiode versprochen. Kann ich nicht lesen? Im Gesetz steht davon gar nichts. Wollen Sie nächstes Jahr wieder ein neues Gesetz machen, nur weil Sie

dann wieder eine neue Beitragsfreiheit einführen? Warum schreiben Sie nicht ins Gesetz, dass Sie 2012 und 2013 weitere Beitragsfreiheiten einführen wollen? Sie tun das nicht. Sie blenden es aus.

(Beifall von der LINKEN)

Mein Kollege wird nachher noch mehr zur Beitragsfreiheit sagen. Alleine dazu gäbe es schon eine 15-minütige Debatte.

Meine Damen und Herren, ich bin von Beruf Banker. Frau Ministerin, wenn Sie Ihr Fünf-Punkte-Programm verwirklichen wollen und dafür 2011 einen Betrag von 242 Millionen € ansetzen, gleichzeitig aber sagen, 2012 brauchten Sie 390 Millionen €, dann, entschuldigen Sie bitte: Für fünf Monate brauchen Sie 242 Millionen €. Das sind auf 12 Monate gerechnet 580,8 Millionen €. Was verschleiern Sie uns also? Wollen Sie 2012 wieder irgendetwas zurücknehmen? Ich verstehe das nicht. Sie tricksen nach meiner Auffassung wieder einmal oder führen den Finanzminister in die Irre.

Noch eine Fehlanzeige: Lautstark haben SPD und Grüne nach einem landeseinheitlichen Kindergartenbeitrag gerufen. Wo ist er denn? Ich lese nichts davon. Versprochen, gebrochen – es passiert wieder einmal nichts, heiße Luft.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die Kindpauschalen – das habe ich gerade gesagt – haben Sie übernommen. Ich kann mich daran erinnern, dass Sie, als Sie noch in der Opposition waren, lautstark gerufen haben – jedenfalls auf den Veranstaltungen mit Sozialdemokraten –, das sei nicht ausreichend usw. Jetzt übernehmen Sie es.

Allerdings muss ich auf Folgendes hinweisen: Im Referentenentwurf vom März stand etwas ganz anderes. Frau Schäfer hat nämlich eine volle Bauchlandung gemacht. Einige Grüne haben gesagt: Es kann doch wohl nicht sein, dass wir keine Qualitätsverbesserung feststellen, sondern nur noch Geschenke machen, wenn wir die Beitragsfreiheit einführen! Wo ist die Qualität, haben die Grünen gefragt.

Das Schulministerium hat nicht zugestimmt. Daraufhin musste diese Ministerin die Kindpauschale tatsächlich wieder zurücknehmen. Ursprünglich war nämlich vorgesehen, dass jede Gruppe 19.200 € mehr bekommen sollte plus den kommunalen Anteil. Was ist dabei herausgekommen? Da lachen die Hühner: 7.000 € bei fünf Kindern unter drei Jahren bei einer Zwanzigergruppe vom Gruppentyp 1b. Das ist dabei herausgekommen. Was ist denn Qualität: 19.200 € oder die lächerlichen 7.000 €? Wie will man die Kräfte eigentlich bezahlen – zum Hungerlohn, als Ein-Euro-Jobber oder wie? Meine Damen und Herren, es ist kaum zu fassen, was da passiert. Entweder hat einer keine Ahnung, oder Sie wollen uns blenden.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Einer hat zumindest keine Ahnung! – Lachen von der SPD und von den GRÜNEN – Gegenruf von Marcel Hafke [FDP]: Der sitzt da hinten bei der SPD!)

– „Keine Ahnung“ ist ein gutes Stichwort. Danke schön. Freundlicherweise war eine Kollegin, nämlich Frau Steininger-Bludau, bei mir im Wahlkreis. Dann lese ich – „keine Ahnung“ im Übrigen – in der Zeitung – ich zitiere –:

Für mehr Planungssicherheit bei den Einrichtungen soll sorgen, dass künftig nur noch 35- und 45-Stunden-Betreuung im Angebot bleiben sollen.

Kann ich nicht lesen? Stehen keine 25 Stunden mehr drin? Oder weiß die Kollegin – wir reden im Übrigen vom 14. Mai – nicht Bescheid? „Keine Ahnung“, Herr Kollege? Packen Sie sich an Ihre eigene Nase.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So viel zum Stil in diesem Hause!)

Meine Damen und Herren, ich muss schon sagen: Ich bin vom Gesetzentwurf maßlos enttäuscht.

Kommen wir zu den Familienzentren. Wir haben klipp und klar gesagt: 3.000 sollen es sein. – Sie verhängen bei den Familienzentren einen Baustopp. In dem, was Sie uns vorgelegt haben, heißt es, Sie wollen zusätzlich 1.000 € für alle und 1.000 € zusätzlich für diejenigen in Brennpunkten. Dabei muss man natürlich fragen: Was ist denn die Definition von Brennpunkten? Wo ist denn die Ausführungsbestimmung? Kann mir das jemand mal erklären?

Die Ministerin spricht von 2,8 Millionen € für 2012. Meine Damen und Herren, können Sie rechnen? Sie wollen anscheinend sogar Zentren abbauen, wenn ich das ausrechne. Wenn Sie die 1.000 € sowie das Geld für die Brennpunkte verteilen wollen, komme ich auf wesentlich weniger Zentren bzw. müssen Sie einige Zentren abbauen, oder die Summe reicht nicht aus. Bei dem Theater mit den Finanzen hier glaube ich eher, dass das Ministerium mal wieder keine Ahnung hat und den Finanzminister mit einem Ring durch die Arena zieht.

Das Gesetz ist nach meiner Auffassung im Stress gemacht worden. Ich habe gesagt, dass die Kabinettsvorlage nicht kabinettstreu war. Was sind alles für Wörter gefallen. Es ist beschämend für ein Land mit 18 Millionen Einwohnern, dass sich ein Ministerium vorhalten lassen muss, die Vorlage sei nicht kabinettstreu. So etwas habe ich noch nicht gehört.

Der Gesetzentwurf ist zudem auch unfachlich gemacht worden. Ich kann Ihnen das gerne auch noch einmal dokumentieren. Frau Asch, jetzt habe ich leider Ihr Zitat gerade nicht griffbereit,

(Zuruf von der SPD)

aber ich erinnere mich, dass Sie gesagt haben: Die Kindpauschalen der Gruppentypen 1 und 2 werden nicht um zusätzliche Ergänzungskraftstunden erweitert. – So haben Sie es sinngemäß gesagt. Das müsste sogar auf Ihrer Homepage stehen. Ich gehe davon aus, dass Sie wissen, was auf Ihrer Homepage steht; so ist mir gesagt worden, also eine Feststellung.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Sie sollten sich lieber besser informieren! Schauen Sie mal selber nach!)

Liebe Kollegin Asch, Sie haben das in der Vergangenheit immer kritisiert und wollten die Kindpauschalen anheben. – Sie haben es faktisch nicht getan.

(Zuruf von der CDU: Das ist wahr!)

Eltern, Träger und Erzieherinnen können sich auf die Äußerungen von Frau Asch eben nicht verlassen. Das ist das Fazit, was ich daraus ziehe.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Als letzten Punkt möchte ich auf die Kindertagespflege eingehen. Von Ihrer Absicht, die Tagespflegeerlaubnis ausnahmslos auf fünf Kinder zu beschränken, scheinen Sie sich verabschiedet zu haben. Das begrüße ich ausdrücklich. Ich bin auch dankbar dafür, dass ich zum ersten Mal erleben darf, dass Sie auf einer sachlichen Argumentationsschiene zu einer Erkenntnis kommen, Frau Ministerin.

(Ministerin Ute Schäfer: Frechheit!)

Das ist das erste Mal. Ich dachte, das würde sie einfach durchziehen. Nein, diesmal hat sie sich tatsächlich überzeugen lassen, dass der Gesetzentwurf an dieser Stelle nicht so gut ist. Deshalb begrüße ich, dass die Kritik der Verbände aufgenommen worden ist.

Ich hoffe, dass die Ministerin auch bei anderen Kritikpunkten zu der Einsicht gelangt, wenn wir die Anhörung haben, und nicht knallhart einfach unfachliche Sachen durchzieht.

Die CDU hat mit dem KiBiz eine gute Grundlage zur Frühförderung geschaffen. Die umfangreichen beabsichtigten Änderungen – geschweige denn ein grundlegend neues Gesetz – bleiben aus.

Meine Damen und Herren, Ihre Auffassung, dass die geplanten Neuerungen auf sehr große Zustimmung bei allen Beteiligten stoßen – Herr Kollege Jörg, das sagen Sie immer –,

(Zuruf von Wolfgang Jörg [SPD])

teilen wir nicht. Ich höre das im Übrigen auch gar nicht, auch nicht nach Ihren Veranstaltungen. Wir sind sicher, dass dies im Zuge der anstehenden parlamentarischen Beratungen deutlich werden wird.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Spätestens dann sollten Sie die Chance nutzen, sinnvolle Empfehlungen mit dem Ziel anzunehmen, zu praktikablen wie finanzierbaren Lösungen zu kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Steininger-Bludau.

Eva Steininger-Bludau (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Tenhumberg, ich bin es, Steininger-Bludau. Können Sie jetzt mit dem Gesicht etwas anfangen? Sie hatten mich gerade in Ihrer Rede zitiert und gesagt, dass Sie nicht so genau wüssten, wer ich bin.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wobei dich jeder kennt!)

– Gut. – Kein Gesetz der schwarz-gelben Landesregierung hat so schnell zu intensiven Diskussionen und massiven Proteststürmen bei den Betroffenen geführt wie das Kinderbildungsgesetz, welches am 1. August 2008 in Kraft trat. Seither ist die Kritik an diesem Gesetz nicht verstummt. Eltern, Beschäftigte, Träger und Kommunen haben in der praktischen Arbeit sehr schnell die Unzulänglichkeiten des Gesetzes gespürt. Das alte KiBiz war erkennbar deutlich unterfinanziert.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es gab eklatante Unterschiede in den Kommunen. Frühkindliche Bildung konnte quasi nur nach Kassenlage gewährt werden. Darüber hinaus herrschte im organisatorischen Bereich ein heilloses Planchaos; eine Überlastung der Beschäftigten in den Einrichtungen kam erschwerend hinzu – ein unterhaltbarer Zustand!

Von daher bin ich der Landesregierung dankbar, dass am heutigen Tage das Erste Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes eingebracht wird. Durch eine zügige parlamentarische Beratungsphase wird gewährleistet, dass das Gesetz am 1. August 2011 in Kraft treten kann und somit die ersten Verbesserungen schon im Kindergartenjahr 2011/2012 greifen können.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns einig sein, wie wichtig die frühkindliche Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen ist. Kindertageseinrichtungen sind auch Kinderbildungseinrichtungen. Es müssen alle Kinder gleich behandelt werden. Dies ist unser, dies ist auch mein Anspruch.

(Beifall von der SPD)

Gleiche Chancen für alle Kinder! Gleiche Chancen, egal ob bildungsnahe oder bildungsferne Elternhäuser das Kind zu Hause begleiten.

Damit das so wird und damit das in Zukunft auch so sein kann, mussten Änderungen her. Heute sollen die ersten Änderungen manifestiert werden.

Wir haben daher zunächst den Dialog mit allen Beteiligten gesucht. Dialog ist wichtig, Dialog führt zu gegenseitiger Akzeptanz. Dialog mit den Eltern: Rund 11.500 Elternbefragungen haben stattgefunden. Dialog mit den Trägern: Rund 3.500 Einrichtungsabfragen hat es gegeben – unter Analyse von mehr als 8.000 Einrichtungsdaten. Es gab fünf Regionalkonferenzen in Nordrhein-Westfalen. Meine Fraktion hat davon unabhängig ständig das Gespräch gesucht und geführt und zu offenen Diskussionen in den Landtag eingeladen.

Wir wissen auch: Dies ist erst der erste Aufschlag. Dies ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss. Hier werden schon bald weitere Schritte folgen müssen. Ich garantiere Ihnen: Sie werden kommen! Aber lassen Sie uns doch endlich erst den ersten Schritt tun. Mit jedem ersten Schritt fangen die Wege doch erst an, die zum Ziel führen.

Ich sage in aller Deutlichkeit, was wir hier leisten:

Da ist zunächst die Elternbeitragsfreiheit. Bildung muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein.

(Beifall von der SPD)

Aus diesem Grund werden wir zukünftig für das letzte Kindergartenjahr keine Elternbeiträge mehr erheben. Die dadurch entstandenen Einnahmeausfälle der Kommunen wird das Land übernehmen. Damit wird der Weg zu einer neuen Qualität frühkindlicher Bildung freigemacht.

Kinder mit Behinderung werden zukünftig besonders unterstützt. Die Fallpauschalen für die U3-jährigen Betroffenen werden um 1.000 € erhöht. Dies gilt für jeden Fall einer festgestellten Behinderung – auch nach Aufnahme in die Kita.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen Du-

Eva Steininger-Bludau (SPD): Eigentlich nicht.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Keymis: Wenn Sie sich entscheiden, lasse ich die Wortmeldung zu. Möchten Sie gern?

Eva Steininger-Bludau (SPD): Nein.

Bei den Familienzentren setzen wir auf eine gesunde Mischung aus Kinderbildung und Elternkompe-

tenz. Hier waren die Angebote gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen allerdings bisher eher spärlich. Die Landesförderung wird deshalb für alle Familienzentren um 1.000 € auf 13.000 € jährlich erhöht. Familienzentren in sozialen Brennpunkten erhalten darüber hinaus eine zusätzliche Förderung von 1.000 €, also 14.000 € jährlich.

Wir möchten finanzielle Anreize für Berufspraktikantinnen und -praktikanten schaffen. Hierfür stellen wir pro Praktikum 8.500 € jährlich zur Verfügung. Es wird 1.000 zusätzliche Stellen für Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten geben.

Wir stärken die Elternmitwirkung und gewähren ein Mitbestimmungsrecht bei finanziellen Fragen wie zum Beispiel der Finanzierung von Festen oder Ausflügen sowie der Verpflegung in der Einrichtung. Erstmals wird auch die Arbeit des Landeselternbeirats mit 10.000 € pro Jahr unterstützt und gefördert.

Bei der Kindertagespflege sind wir nach intensiven Beratungen zu dem Schluss gekommen, dass wir es bei der alten, gewohnten Ausnahmeregelung eines Platz-Sharings von bis zu acht Kindern im Einzelfall belassen.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Wer hat das eingeführt?)

In Zahlen gesagt bedeutet dies im Fazit: Das Land Nordrhein-Westfalen stellt zukünftig im Bereich der frühkindlichen Bildung im Jahr 2011 242 Millionen € mehr ein und für das Jahr 2012 390 Millionen € bereit:

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

für einen ersten Schritt doch sehr umfänglich, denke ich, und insofern glaube ich, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Wenn wir es nun geschultert haben, lassen Sie uns einen Ausblick wagen, einen Ausblick auf andere Betreuungsschlüssel, mehr Inklusion, eine unbürokratische Sprachförderung und weitere notwendige Veränderungen, zum Beispiel im Finanzierungssystem.

Also, packen wir es gemeinsam an! Und erlauben Sie mir heute am Ende meiner Ausführungen den Gruß meiner Heimat; denn die Verabschiedung dieses Gesetzes gleicht einer Fahrt aus dem tiefen Schacht ans Tageslicht. – Glück auf!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Steininger-Bludau.- Für die grüne Fraktion hat nun Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich eben den CDU-Kollegen Tenhumberg gehört habe, fiel mir der kluge Spruch ein: Je geringer das Wissen, desto siche-

rer das Urteil. Das haben Sie hier mal wieder unter Beweis gestellt.

Herr Tenhumberg, als ich mich für die heutige Debatte vorbereitet habe, ist mir eingefallen, wo wir vor fünf Jahren standen, als nämlich CDU und FDP hier ihren ersten Haushalt, den Haushalt 2006, eingebracht und wir ihn beraten haben. In diesem Haushalt mussten wir – Sie haben das dann auch knallhart durchgezogen – massive Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich feststellen. Das war die Realität, das war die Wahrheit und das war die konkrete Praxis Ihres politischen Handelns.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Tenhumberg, Sie machen jetzt wieder genau dasselbe – ich verstehe gar nicht, warum Sie sich dem immer wieder aussetzen wollen –, was Sie fünf Jahre lang gemacht haben: Sie reden sich schwindelig. Herr Laschet war ja darin Weltmeister, pottemkinsche Dörfer aufzubauen.

Die Realität ist: Sie haben gekürzt, 160 Millionen € direkt in den Kitas. Ihre Politik bedeutete für die Familienhilfe eine Kürzung von 5 Millionen €, obwohl Sie mit Familienbildung und Familienberatung die Familienzentren aufbauen wollten. Dagegen gab es eine breite Bewegung. Wir hatten zwei Volksinitiativen – vielleicht erinnern Sie sich noch daran! –, und diese Volksinitiativen haben über eine halbe Million Unterschriften gegen Ihre Politik gesammelt, ganz konkret gegen Ihre Familienpolitik. Das war Schwarz-Gelb.

Sie haben immer nur schöne Worte im Mund geführt, haben schöne Bilder gemalt, was Sie alles tun wollen. Die Praxis war eine ganz andere. Die Praxis war nämlich, dass Sie Politik gegen die Kinder und gegen die Familien gemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das machen wir nicht. Rot-Grün macht das, was es angekündigt hat. Wir setzen es ganz konkret um und haben es gestern schon beim Haushalt gemacht: Wir haben 280 Millionen € für das neue Kindergartenjahr in die Hand genommen, um die Kindergärten und die Familienzentren besser auszustatten, um Familienberatung und Familienbildung besser zu finanzieren. Das heißt, wir stehen zu dem, was wir angekündigt haben. Wir stehen zu dem, was wir gesagt haben: Wir stellen Kinder und Familien in den Mittelpunkt unserer Politik.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Ministerin und auch bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Gesetzentwurf bedanken.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es war keine leichte Aufgabe, das, was wir in einem ersten Beschluss miteinander verabredet haben, dann tatsächlich in die Tat umzusetzen und vor allen Dingen das zu tun, was wir miteinander, SPD-Fraktion und grüne Fraktion, verabredet haben,

nämlich die Betroffenen zu beteiligen. Das haben Sie in den Regionalkonferenzen gemacht. Sie haben mit der Befragung aller Einrichtungsleitungen endlich einmal diejenigen gefragt, die unsere Politik in die Praxis umsetzen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das machen Sie von der CDU ja bis heute nicht. Ich habe noch einmal herausgesucht, was Frau Doppmeier – CDU – gesagt hat, als wir den Beschluss gefasst hatten: Jetzt veranstalten Sie zahlreiche Befragungen vor Ort, Auflistungen der Auswirkungen, Abfragen der Reaktionen bei Eltern. Was soll denn das alles?

Das, was das Ministerium macht, ist Beteiligung, meine Damen und Herren. Und das nehmen wir ernst, und das hat das Ministerium ernst genommen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken, dass Sie das, was wir angekündigt haben, jetzt auch in die Praxis umsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Folgendes muss ich noch einmal kurz erwähnen: Dieses schlechte Gesetz, dieses sogenannte Kinderbildungsgesetz, das uns schlechtere Standards und weniger Flexibilität durch dieses starre Korsett der Buchungszeiten für die Eltern gebracht hat, weil sich die Eltern schon anderthalb Jahre früher für Betreuungszeiten entscheiden mussten, obwohl sie überhaupt nicht wissen konnten, was sie anderthalb Jahre später tatsächlich brauchen, und dieser mangelhafte U3-Ausbau der schwarz-gelben Regierung, der uns bei den Krippenplätzen zum Schlusslicht bundesweit hat werden lassen –

(Zuruf von Ursula Doppmeier [CDU])

das alles packen wir jetzt an, und wir tun es schnell. Und weil wir es schnell machen wollen, gehen wir jetzt den ersten Schritt. Und alle, die sich hier hinstellen wie Bernhard Tenhumberg ... Wo ist er denn? Er hat sich schon nach hinten zurückgezogen!

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Hier ist auch mein Platz!)

– Okay! – Weil es schnell gehen soll und wir eine konkrete Entlastung in den Einrichtungen brauchen, können wir natürlich nicht alles auf einmal machen. Sie, Herr Laschet, haben als Familienminister unendlich lange herumgedoktert und fast zwei Jahre benötigt, bis Sie Ihr neues Kindergartengesetz hier eingebracht gebracht haben – begleitet von massiven Protesten, von negativen Stellungnahmen, die es aus allen Bereichen nur so gehagelt hat.

Das Ministerium hat jetzt in einem knappen Dreivierteljahr etwas auf den Tisch gelegt, was uns in einem ersten Schritt ein Stück weiterbringt und die Fehler, die wir Ihnen zu verdanken haben, ein Stück weit abmildert und ausmerzt. Das ist eine Leistung!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich komme nun zu dem – ich muss da ein bisschen schnell durchgehen –, was jetzt schon in diesem Gesetz enthalten ist:

Darin findet sich eine bessere Förderung der Familienzentren mit Schwerpunkt für die armen Kinder, für die Kinder, die in den prekären Quartieren leben.

Wir haben die Elternbeitragsbefreiung im letzten Kindergartenjahr vorgesehen. Übrigens dazu: Auch CDU-regierte Landesregierungen haben das eingeführt: Hessen und Niedersachsen, unsere Nachbarn. Reden Sie doch einmal mit Ihren CDU-Kolleginnen und -Kollegen in den Landtagen, die das gemacht haben! Sie stehen dahinter und sagen: Wir wollen die Eltern entlasten. – Ihre Meckerei kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall von den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Das ist auf Pump finanziert!)

Wir haben die Tagespflege verbessert.

Wir haben den wahnsinnigen Bürokratieaufwand, der mit KiBiz entstanden ist, in einem ersten Schritt zurückgenommen.

Wir führen zusätzliche Ergänzungskraftstunden ein. Und bei dem Zitat, Herr Tenhumberg, müssen Sie schon ein bisschen besser auf meiner Homepage nachschauen, vielleicht dies auch einmal selber tun. Das Zitat ist falsch. Ich habe bedauert, dass wir diese Ergänzungskraftstunden – ich bedaure es sehr; ich habe dafür auch kein Verständnis – nicht in dem Umfang ausbauen können, wie wir uns das vorgenommen haben, weil uns die Kommunen gesagt haben, das werde ihnen zu teuer, da könnten sie nicht mitgehen. Aber gleichzeitig haben wir das gemacht, was uns mit unseren Landesmitteln möglich ist. Auch da haben wir unser Versprechen eingehalten.

Wir stärken die Elternrechte. Wir wollen einen durchgewählten Landeselternrat.

Wir verbessern die Inklusion, das heißt: Wir machen sie verbindlicher, und wir machen das, was Sie völlig vergessen haben. Das war ja ein Hirnriss dieses KiBiz, denn Kinder unter drei Jahren mit Behinderung kamen darin überhaupt nicht vor. Die haben überhaupt keine Kopfpauschale bekommen. Da mussten die Einrichtungen mit viel weniger auskommen. Jetzt zahlen wir zusätzlich 1.000 € für jedes Kind mit Behinderung, und wir machen es möglich, dass sie, wenn unterjährig eine Behinderung festgestellt wird, den behinderungsbedingten Mehraufwand dann auch tatsächlich finanziert bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Des Weiteren finanzieren wir 1.000 Berufspraktikantinnen, die zusätzlich dringend notwendig sind, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, der sich jetzt schon abzeichnet.

Wir fördern die Waldkindergärten besser.

Und wir geben 150.000 € mehr für die Fachberatung aus.

Meine Damen und Herren, ich finde, es kann sich sehen lassen, was wir hier in einem ersten Schritt verbessern. Es ist der erste Schritt, aber der zweite wird folgen. Den werden wir genauso partizipativ unter Beteiligung aller, die mit diesem Gesetz arbeiten müssen, zum Wohle der Kinder und zum Wohle der Familien in NRW in Angriff nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zeit ist ja etwas Relatives, wie wir gerade sehen können. Am Anfang war relativ viel Zeit, da konnte man den Gesetzentwurf noch das ein oder andere Mal im Kabinett vertagen. Als es dann etwas eng wurde, musste es im Parlament auf einmal ganz schnell gehen: Wir müssen ganz, ganz schnell hier durchkommen und dieses Gesetz nach Möglichkeit innerhalb von zwei Monaten diskutieren!

Im Moment scheint es so, dass es gar keine Zeit mehr gibt und es ganz schnell durch alle parlamentarischen Beratungen gehen muss. Sie wollen ein halbherziges Gesetz schnellstmöglich durch das Parlament bringen.

Flüchtigkeitsfehler können wir uns aber bei unseren Kleinsten nicht leisten.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Andrea Asch [GRÜNE]: Massenhaft!)

Meine Damen und Herren, Sie haben im Wahlkampf so viel versprochen und angekündigt. Sie haben das Kinderbildungsgesetz, welches wir eingeführt haben, verteufelt. Sie hätten jetzt die Chance gehabt, es zu verbessern und weiterzuentwickeln, um Ihren Ansprüchen, die Sie formuliert haben, auch irgendwo gerecht zu werden.

Zur Einschätzung der aktuellen Lage – den Kommentar finde ich eigentlich ganz gut – möchte ich aus der Presse, und zwar aus dem „Westfalen-Blatt“, zitieren, damit deutlich wird, was Sie eigentlich tatsächlich machen:

„Sachpolitik? Ach ja, die hat es im ersten Jahr Rot-Grün auch gegeben. Kinder- und Jugendministerin Ute Schäfer hat das lange verteufelte Kinderbildungsgesetz überarbeitet. Die Formulierung ‚Tagesmutter oder Tagesvater‘ wird ersetzt durch ‚Tagesbetreuungsperson‘. Ansonsten wird das Gesetz kaum verändert fortgeschrieben.“

Meine Damen und Herren, das ist die Qualitätsdebatte, die Sie hier im Parlament führen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich glaube, das geht an der Realität und an dem, was gemacht werden muss, tatsächlich vorbei.

Es gibt jedoch auch zwei Punkte, die ich ganz gut finde. Der erste ist: Ihre verfehlte Regelung aus dem Referentenentwurf hinsichtlich der Kindertagespflege wurde dank des öffentlichen Drucks wieder herausgenommen. Das ist schon einmal eine gute Nachricht. Der zweite ist, dass die Mittel für die Familienzentren entsprechend gesteigert werden. Das finden wir auch gut.

Aber der wesentliche Kern Ihres Änderungsgesetzes ist, das umstrittene beitragsfreie Kindergartenjahr einzuführen. Dies ist ein wünschenswertes Ziel, wenn man das Geld dafür hätte. Wir haben in den letzten Wochen bei den Haushaltsberatungen diskutiert, dass Sie das nicht haben.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten auch eine Debatte geführt, bei der es – insbesondere um die Grünen – eigentlich recht ruhig geworden ist, als es nämlich darum ging, dass man das Geld besser in die Qualität als in einfache Wahlgeschenke investieren sollte.

Ich möchte klar auf den Punkt bringen, wie die Situation aussieht, weil es immer wieder heißt, wir sollten nach Niedersachsen schauen. Ich habe diesbezüglich und auch hinsichtlich dessen, was Sie hier im Plenum verabschieden wollen, schon einmal ein paar Zahlen vorgetragen.

Im Haushalt sind nach offiziellen Verlautbarungen der Ministerin 62 Millionen € für das beitragsfreie Kindergartenjahr vorgesehen, 80 Millionen € für Qualitätsverbesserungen und 100 Millionen € für den U3-Ausbau. Das ist alles in allem zwar schon relativ viel Geld, aber es lässt sich jetzt schon absehen, dass diese Kalkulation nicht zu halten ist.

Schauen wir nach Niedersachsen, Frau Ministerin. Dort gibt es bereits die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr.

(Ministerin Ute Schäfer: Mit FDP-Beteiligung!)

– Ja, mit FDP-Beteiligung. – Dort besuchen 185.520 Kinder von drei bis sechs Jahren eine Kita. Das Land stellt dafür 120 Millionen € zur Verfügung.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Hört, hört!)

– Hört, hört! – Auf unsere Nachfrage hin hat die Ministerin angegeben, dass für das Kindergartenjahr 2011/2012 insgesamt 457.817 Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt angemeldet wurden. Das sind mehr als doppelt so viele Kinder wie in Niedersachsen. Sie haben letzte Woche gesagt, dass allein für das letzte Kindergartenjahr mit 140.000 bis 150.000 Kindern zu rechnen ist, die die Beitragsfreiheit in Anspruch nehmen. Es reicht einfache Grundschulmathematik, um vorauszusagen, dass Ihre Kalkulation mit 62 Millionen € anteilig für dieses

Jahr und 150 Millionen € ab dem nächsten Jahr bei Weitem nicht ausreichen wird.

(Beifall von der FDP und von der CDU –
Dr. Gerhard Papke [FDP]: Genau so ist das!)

Erst recht dann nicht, wenn Sie die Einnahmeausfälle für die Kommunen auf der Basis des Sollwertes von 19 % Elternbeiträge kompensieren wollen. Aber das steht ja gar nicht im Gesetz. Sie wollen doch eine so kommunalfreundliche Regierung sein, aber hier bleibt das total auf der Strecke! Warum schreiben Sie das denn nicht in Ihr Gesetz? Es sollte doch eine Selbstverständlichkeit sein, dass mit dem Gesetz zur Beitragsfreiheit auch gleichzeitig klare Regelungen über die volle Erstattung des Einnahmeausfalls der Kommunen getroffen werden. Aber Sie machen das nicht. Sie verunsichern die Kommunen, die am Ende belastet werden, und das ist nicht kommunalfreundlich, sondern kommunalfeindlich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

De facto wird es so sein, dass kaum Geld für Qualität übrig bleiben wird. Von den insgesamt 142 Millionen € für das KiBiz wird das beitragsfreie Kindergartenjahr fast alles auffressen. Für Qualitätsverbesserungen wird dann kein Spielraum mehr da sein.

Immerhin etwas sind die zusätzlichen Mittel für den Einsatz der Ergänzungskräfte in den U3-Gruppen, für die es nun eine zusätzliche U3-Pauschale geben wird. Zugegeben ist das eine Verbesserung für die U3-Gruppen. Aber durch das verständliche Veto der kommunalen Spitzenverbände fehlt das Geld für zusätzliche Ergänzungskräfte in allen Gruppen. Dadurch werden Sie doch Ihrem eigenen Anspruch ebenso nicht gerecht.

Dann wollen Sie mit 8,5 Millionen € noch einen finanziellen Anreiz zur Beschäftigung von Berufspraktikanten setzen. Ja, und das war es dann.

Für weitere Qualitätsverbesserungen haben Sie keinen Spielraum mehr. Die Beitragsfreiheit frisst die Qualität auf. Das ist das Fazit zu Ihrem Gesetz. Wenn Ihnen etwa die Befreiung der Geringverdiener nicht ausreicht, warum gehen Sie nicht an die Elternbeitragsregelung heran? – Aber nein, Sie machen gleich alles auf einmal: Abschaffung der Elternbeiträge, Abschaffung der Studienbeiträge, Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplans. Diese Wunsch-dir-was-Politik finanzieren Sie ausschließlich über Schulden.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Was Sie nicht verstehen wollen, das ist diese Notwendigkeit, auch auf Wünschenswertes manchmal zu verzichten, wenn eben kein Geld da ist. Das macht man im Privaten so. Das sollte eigentlich auch eine gute Tugend für die Politik sein.

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie mehr Wert auf Flexibilität und auf Qualität gelegt hätten, anstatt hier einfach Wahlgeschenke mit rein populistischen Forderungen zu verteilen. Ich finde das sehr schade. Das sind die Kleinsten nicht wert? Aber das scheint ja Ihre Politik hier im Hause zu sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Dr. Butterwegge das Wort.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin Schäfer, erstens gestehe ich Ihnen miserable Ausgangsbedingungen für Ihr Vorhaben zu. Das von Ihrer Vorgängerregierung aus CDU und FDP ins Werk gesetzte Kinderbildungsgesetz hat die Situation insbesondere in Kitas seit 2008 massiv verschlechtert.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Deshalb sind die Erwartungen an die KiBiz-Reform hoch – und nicht ohne Grund. Ich kann mich noch gut an die vollmundigen Wahlkampfversprechungen erinnern: KiBiz sei Mumpitz. Es sei nicht reformierbar. Es müsse ein völlig neues Gesetz her.

Doch inzwischen sind die Wahlen vorbei, und die Wählerinnen und Wähler, die Sie für einen Politikwechsel im Bereich der Kindertagesbetreuung gewählt haben, müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich erst einmal kaum etwas ändern soll. Nach fünf landesweiten Regionalkonferenzen und Dutzenden von Einzelveranstaltungen sagen Sie, Frau Ministerin Schäfer, den Menschen: Außer Spesen nichts gewesen. – Die angekündigte Grundrevision des KiBiz kommt vielleicht später einmal, in ein paar Jahren, bei einer zweiten Revisionsstufe des Gesetzes. Zeitpunkt unbekannt!

Nur haben davon leider die Kinder, die schon heute eine Kita besuchen, nicht viel. Insofern ist schon jetzt absehbar, dass das Versprechen, das Frau Ministerpräsidentin Kraft gestern gegeben hat, kein Kind zurückzulassen, nicht eingelöst werden kann.

(Beifall von der LINKEN)

Wir fordern daher: Eine Verbesserung dieser miserablen Rahmenbedingungen darf nicht auf sich warten lassen! Gehen Sie jetzt unverzüglich die schlimmsten Macken des KiBiz an! Legen Sie jetzt zumindest einen konkreten, zügigen Zeitplan für die zweite Revisionsstufe vor!

Zweitens. Auch dort, wo Sie sich mit diesem Änderungsgesetz in die richtige Richtung bewegen, bleiben Sie auf halber Strecke stehen, so besonders beim Einstieg in die Beitragsfreiheit für Eltern, die

wir begrüßen. Denn Kitas sind Bildungseinrichtungen, und Bildung muss gebührenfrei sein.

(Beifall von der LINKEN)

Statt eines Einstiegs im letzten Kitajahr ist nach Auffassung der Linksfraktion jedoch der Beginn der Beitragsfreiheit im ersten Jahr des Besuchs einer Kindertagesstätte pädagogisch sinnvoller. Zudem fordern wir eine verbindliche Planung zur Einführung weiterer beitragsfreier Jahre. Solange diese Elternbeitragsfreiheit nicht in Gänze verwirklicht ist, sollten wieder landesweit einheitliche, sozial gestaffelte Elternbeiträge eingeführt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Die kommunalen Spitzenverbände, die Wohlfahrtsverbände und die Gewerkschaften sind da übrigens derselben Meinung.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Meine Damen und Herren, zum Dritten: Qualität in Kindertagesstätten ist wesentlich vom Personal abhängig. Ich sage es ganz deutlich: Ohne zufriedenes und motiviertes, gut ausgebildetes und gut bezahltes Personal kann keine Kita ihren Bildungs- und ihren Förderungsauftrag umsetzen.

(Beifall von der LINKEN)

Das Personal ist also das A und das O der Betreuungsqualität. Da bleiben Sie sträflich hinter Ihren Ankündigungen zurück. Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen werden auch weiterhin unter Befristung und unter unfreiwilliger Teilzeitarbeit zu leiden haben. Der Personal-Kind-Schlüssel wird sich nicht bessern.

Diese Verantwortung können Sie nicht alleine auf die Kommunen abschieben,

(Beifall von der LINKEN)

die wegen offener Rechtsfragen den Personalanteil für zusätzliche Kinderpflegerinnen nicht mittragen wollten, der im Referentenentwurf noch vorgesehen war. So haben Sie es nicht geschafft, die Kommunen mitzunehmen. Das ist bedauerlich.

Daher fordern wir Sie auf, sich Ihrer Verantwortung hierfür zu stellen und die neue U3-Pauschale so aufzustocken, dass eine tatsächliche, eine in der Praxis bemerkbare Verbesserung des Personalschlüssels in Gruppen mit unter Dreijährigen erreicht werden kann.

(Beifall von der LINKEN)

Ihr Versprechen als Landesregierung war es, die Bedingungen nachhaltig zu verbessern. Das haben die Menschen nicht vergessen.

In Gänze fehlt zudem eine Initiative für Hauswirtschaftskräfte, an denen es überall in der Praxis mangelt, weil kein Geld für ihre Bezahlung vorhanden ist. Pädagogische Fachkräfte leisten dann die hauswirtschaftliche Arbeit und fehlen in den Grup-

pen. Dieses Problem hat ja auch die von Ihnen in Auftrag gegebene Prognos-Evaluation gezeigt. Warum haben Sie die eigentlich in Auftrag gegeben, wenn Sie die Erkenntnisse nicht umsetzen möchten?

(Beifall von der LINKEN)

Ebenso ist das Zuschussprogramm für 1.000 Jahrespraktikanten nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit ca. 4.000 Berufsabsolventinnen jährlich und rund 9.500 Kindertagesstätten in NRW können der Fachkräfte- und der Personalmangel in den Erzieherberufen nicht behoben werden. Zudem nutzt auch das beste Praktikantenmodell nichts, wenn der Erzieherinnenberuf nicht endlich gesellschaftlich besser anerkannt wird und sich dies auch in der Bezahlung widerspiegelt.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, allen Ankündigungen einer präventiven Sozialpolitik zum Trotz, die mit frühen Investitionen späte Reparaturen erübrigen soll, beschränkt sich die Landesregierung nun auf das, was ihr finanziell von Finanzminister Walter-Borjans vorgegeben wurde. Entscheidend ist aber nicht die Meinung des Finanzministers, sondern das Kindeswohl.

(Beifall von der LINKEN)

Ich fordere Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten von SPD und Grünen, auf: Bessern Sie diesen Gesetzentwurf deutlich nach! Dafür haben Sie die Unterstützung der Linken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Dr. Butterwegge. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Rickfelder das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Rickfelder (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie es mich zu Beginn noch einmal deutlich sagen: Das KiBiz, das Schwarz-Gelb auf den Weg gebracht hat, ist ein gutes Gesetz.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, das finanzielle Desaster ist Ihrer Landesregierung vom Landesverfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben worden. Der Nachtragshaushalt 2010 ist verfassungswidrig.

Diese Feststellung wurde dann noch einmal durch den Bericht des Landesrechnungshofs Vorlage 15/581 zum Haushalt 2011 untermauert. Der Landesrechnungshof bemängelt das U3-Bewilligungsverfahren. Bereits im Dezember 2010 hat der Landesrechnungshof Mängel festgestellt und diese dem zuständigen Ministerium mitgeteilt. Die Ministerin

hat sich mit dieser Feststellung offensichtlich überhaupt nicht beschäftigt. Stattdessen hat sie landauf, landab auf angebliche Bauruinen und Härtefälle beim Ausbau der Kinderbetreuung hingewiesen.

Laut Bericht des Landesrechnungshofes hätten von den 150 Millionen €, die der Nachtragshaushalt vorsah, 100 Millionen € gar nicht veranschlagt werden dürfen, da die Empfänger die Mittel im Haushaltsjahr 2010 gar nicht benötigt hätten. „Hört, hört!“ kann man da nur sagen. Für 2011 empfiehlt der Landesrechnungshof der Landesregierung, einen angemessenen Teil der Haushaltsmittel für den investiven U3-Ausbau mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Ein zweiter Punkt: Was lösen Sie mit der Elternbeitragsfreiheit aus? Wie kommen die Auswirkungen dieser Beitragsfreiheit – Einnahmeausfälle – bei den Kommunen an? Wie haben Sie das berechnet? Im Gesetz finde ich dazu nichts. Von Ihnen heißt es dazu, dass Sie das ausgleichen. Aber gleichen Sie auch die fehlenden 19 % der Einnahmen aus, die über Elternbeiträge zu erzielen wären? Sind Sie so konsequent, dass Sie es gesetzlich noch klarstellen, dass den Kommunen genau dieser Anteil erstattet wird? An dieser Stelle bleibt das Gesetz wie in vielen anderen Bereichen unkonkret. Ich halte es für intransparent und handwerklich nicht zielführend.

Überdies ist die Beitragsfreiheit als solche insgesamt zu hinterfragen. Auch wenn sie durchaus wünschenswert erscheint, gilt es, zumindest so lange, wie die finanziellen Mittel begrenzt sind, andere Prioritäten zu setzen. Qualität sollte Vorrang haben. Denn eine Gratikita ist erst dann eine gute Kita, wenn die Qualität stimmt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die Landesregierung verschweigt bis heute, wie teuer die Umsetzung der Beitragsfreiheit wirklich sein wird.

Bevor wir über Beitragsfreiheit reden, meine Damen und Herren, sollten wir über einen bedarfsgerechten Ausbau des Kindergartenangebotes reden.

(Beifall von Ursula Doppmeier [CDU])

Wenn Sie sich mit den Bürgerinnen und Bürgern unterhalten, wenn Sie ab und zu mal fernsehen, dann werden Sie feststellen: Da ist das Problem. Es gibt viel zu wenige Plätze. Dafür sollten Sie Geld in die Hand nehmen. Auch an der Stelle kann man es nur einmal ausgeben.

Frau Ministerin, ich sehe, dass Sie da in der Verantwortung stehen. Ich kann mir aber noch nicht vorstellen, wie Sie mit diesem Gesetzentwurf Ihrer Verantwortung gerecht werden wollen. Besonders im Hinblick auf die zukünftigen Generationen – das möchte ich zum Schluss gerne noch mal sagen –, die durch Ihr Schuldenmachen immer stärker belastet werden, tun Sie nicht das, was für unser Land notwendig ist, damit wir auch in Zukunft wirtschaft-

lich vorne sein können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rickfelder. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Gebhard das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Tenhumberg, Herr Rickfelder, man könnte über Ihre Reden schreiben: Der Laie staunt, und der Fachmann wundert sich. – Man könnte auch fragen: Wovon träumen Sie eigentlich nachts, wenn Sie tagsüber schon träumen? – Ich habe den Eindruck, dass die Art und Weise, in der Sie ihr KiBiz als Monstranz und als Erfolgsmodell vor sich hertragen, schon an Wahrnehmungsstörung grenzt.

Sie haben sich sogar erdreistet, der Ministerin vorzuhalten, wie lernfähig sie sei, Dinge zur Kenntnis zu nehmen und Änderungen an ihrem Gesetzentwurf vorzunehmen. Wie viele Änderungen hätten Sie denn damals an Ihrem Gesetzentwurf vornehmen müssen? Sie hatten doch so viele Stellungnahmen, weil die Träger damit alle nicht einverstanden waren. Sie haben nur leider keine Änderungen vorgenommen. „Augen zu und durch!“, das war Ihre Art von Politik.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und die machen wir in der Tat nicht! Wir hören vielmehr auf das, was die Praktikerinnen und Praktiker vor Ort sagen. Nennen Sie mir doch bitte mal einen einzigen Träger im Lande, der in den letzten Jahren mit Ihrem KiBiz glücklich gewesen wäre! Sie werden nicht einen benennen können. Alle haben auf der Matte gestanden und um die Hilfe gerufen: Bitte schön, nehmt Änderungen vor!

Wir können uns darüber unterhalten, welche Änderungen man in welchem Tempo vornimmt. In der Tat: Wir haben uns noch mehr vorgenommen als das, was jetzt im Gesetzentwurf steht. Völlig klar! Aber die Praktiker haben uns auch gesagt: Wir brauchen mehr Zeit, wenn die Finanzierung grundsätzlich auf andere Beine gestellt werden soll. An dieser Diskussion wollen wir uns konstruktiv beteiligen. Bitte versucht nicht, das schon für das nächste Kindergartenjahr umzusetzen.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht Druck aus dem Kessel nehmen müssen. Wir müssen schon zum nächsten Kindergartenjahr etwas auf den Weg bringen. Das haben wir getan. Und dann beklagen Sie, dass wir die Kindpauschalen nicht erhöht haben.

(Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

– Moment, ganz ruhig. – Wir haben gesagt: Die Kindpauschalen sind nicht auskömmlich. Ihr KiBiz

ist damit unterfinanziert. – Dazu stehen wir nach wie vor. Man muss sich das System der Kindpauschalen aber genau angucken. Die finanziert das Land ja nicht alleine finanziert. Wenn ich die Kindpauschalen erhöhe, erhöhe ich gleichzeitig die Kosten für die Träger, für die Kommunen und für die Eltern. Und das ist nicht unser Stil. Wir müssen die Partner mit ins Boot holen. Sie müssen bereit und in der Lage sein, mehr Geld in die Hand zu nehmen. Wir machen das nicht so, wie Sie das gemacht haben: einfach mal im Nebengesetz. Zum Beispiel haben Sie bei der Krankenhausfinanzierung von den Kommunen verlangt: Statt 20 % zahlt ihr ab sofort 40 %. – Diese Methode passt zu Schwarz-Gelb, aber nicht zu Rot-Grün.

(Beifall von der SPD)

Wir nehmen Rücksicht und sprechen mit den Partnern. Darum haben wir das Geld, das uns zur Verfügung stand, in die Hand genommen und gesagt: Damit wird Qualitätsverbesserung gemacht und dem Personal, insbesondere den Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern, wieder eine Perspektive gegeben, die Sie ihnen genommen haben. Das ist eine ganz wichtige Baustelle.

(Beifall von der SPD)

Herr Hafke, Sie müssen sich schon überlegen, welche Argumentation Sie fahren wollen. Sie gehen einerseits her und sagen, wir sollten für Kinder und Jugendliche überhaupt kein zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Das müsste schuldenfinanziert werden. Deshalb gehe das nicht. Gleichzeitig sagen Sie aber, wir hätten Geld für mehr Qualität ausgeben müssen. – Entscheiden Sie sich, welche Argumentation Sie wählen. Diese ist jedenfalls nicht schlüssig, sie ist widersprüchlich.

Darüber hinaus haben Sie etwas gesagt, was bei mir als sehr zynisch ankam. Sie haben gefragt: Reicht es Ihnen nicht, dass die sozial Schwachen jetzt schon keine Beiträge zahlen? Wissen Sie, welcher Personenkreis keine Beiträge zahlt – abgesehen von den Menschen in Kommunen, die sich Beitragsfreiheit leisten können –, wissen Sie, welches Jahresbruttoeinkommen diese Menschen haben? Das ist weniger, als Sie in zwei Monaten erreichen. 17.000 € im Jahr! Und dann sagen Sie, das müsse für diesen Personenkreis doch genügen.

In meiner Heimatstadt haben 86 % der Familien ein Jahresbruttoeinkommen von unter 50.000 €. Diese Familien zahlen alle Beiträge. Die Reichen, mit denen Sie sich vielleicht vergleichen, also diejenigen mit über 125.000 € Jahreseinkommen, liegen bei 1,13 %. Diese Familien entlasten wir nicht; um die geht es uns nicht. Uns geht es um die 86 %, die wir entlasten wollen und die wir entlasten müssen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dazu gehören auch diejenigen, die schon von Beiträgen befreit worden sind; denn diese Entlastung behalten die Kommunen. Dieses Geld geht unmittelbar in die Qualität, und das ist auch gut so.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn wir darüber streiten, dass Elternbeiträge keine Qualitätsverbesserung bedeuten würden, dann haben Sie die Welt nicht begriffen. Das, was die Kommunen an Entschädigung erhalten, bleibt im System und wird zu einer unmittelbaren Verbesserung der Qualität führen. Der Ausbau der Ergänzungskräfte hat eine unmittelbare Auswirkung auf die Qualität. Natürlich können wir uns mehr vorstellen – aber dann stimmen Sie auch bitte mit uns, wenn wir mehr Geld in die Hand nehmen sollen. Das lehnen Sie jedoch ab, und das ist widersprüchlich. Sie können nicht einerseits höhere Qualität einfordern und andererseits sagen, wir sollten das Geld dafür nicht in die Hand nehmen.

Hören Sie sich bitte einmal im Lande um: Es ist egal, um welchen Träger es geht, es ist egal, welcher Couleur die Oberbürgermeister sind. Uns liegt eine Resolution vor, die ein CDU-Oberbürgermeister in den Rat eingebracht hat, mit der wir aufgefordert werden, die Elternbeitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr einzuführen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Dann sind Sie auf der richtigen Seite. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Gebhard. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin schon etwas irritiert über Ihre Art, Frau Gebhard. Man kann sich ja sachlich streiten und unterschiedlicher Auffassung sein, aber Ihre Verbissenheit ist schon bemerkenswert.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich möchte aber inhaltlich auf Ihren Gesetzentwurf eingehen. Die FDP hat immer gesagt: Ein beitragsfreies Jahr ist wünschenswert, wenn man es sich leisten kann. – Dabei bleibe ich auch. Das ist richtig.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Heike Gebhard [SPD]: Die Eltern können sich die Beiträge nicht leisten!)

Sie betonen immer, Sie hätten mit allen gesprochen. Haben Sie auch einmal mit den Elternverbänden gesprochen? Die Elternverbände sagen, man solle das Geld lieber in die Qualität und die Flexibilisierung investieren als in ein beitragsfreies Jahr.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Da geht es um sehr viele Millionen. Ihre 62 Millionen € werden nicht ausreichen. Das ist der Fakt.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie verschaukeln die Menschen. Das ist das Problem. Ich habe Ihnen die Zahlen eben dargestellt. Sie werden deutlich mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um Ihr Wahlgeschenk zu geben. Dieses Geld hätte woanders besser investiert werden können. Das ist das große Problem.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Heike Gebhard [SPD]: Sagen Sie doch mal, wer das gesagt hat!)

Ich sage Ihnen einmal ganz konkret, wo, da Sie uns angegriffen haben wegen der Dinge, die wir in den letzten fünf Jahren gemacht haben: Sie haben uns 2005 eine katastrophale Situation bei den U3-Betreuungsplätzen hinterlassen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Mit dieser Situation mussten wir erst einmal fertig werden. Da haben Sie nichts gemacht. Und jetzt stellen Sie sich hier als die großen Retter hin. Sie haben letztes Jahr gesagt, es gäbe Bauruinen in Nordrhein-Westfalen. Wo sind denn diese Bauruinen?

(Heike Gebhard [SPD]: Reisen Sie mal mit uns durch das Land!)

Das ist, wie ich finde, eine heuchlerische Politik, die Sie hier machen.

Bitte investieren Sie das Geld in Qualität, und setzen Sie nicht solche Maßstäbe. Es macht mich wirklich traurig, dass gerade die SPD solche Maßstäbe ansetzt, sich nach außen hin aber immer als so weise darstellt. Das ist leider sehr traurig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Atalan das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Ali Atalan (LINKE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die KiBiz-Reform, über die wir heute beraten, gehört zu den zentralen Wahlversprechen der Landesregierung. Noch in ihrer Antrittsrede im September 2010 erklärte Ministerpräsidentin Kraft – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin wörtlich –:

„Wir wollen das sogenannte Kinderbildungsgesetz ... grundlegend verändern, sodass bereits zum Kindergartenjahr 2011/2012 ein Kinderbildungsgesetz gilt, das den Anforderungen an ei-

ne gute frühkindliche Bildung und Betreuung ... gerecht wird.“

Diese Ankündigung hat die Landesregierung nicht erfüllt.

(Beifall von der LINKEN)

Sie haben schon beim Zeitplan geschludert und bringen diesen Gesetzentwurf so spät in den Landtag ein, dass Sie das Inkrafttreten der KiBiz-Reform zum 1. August 2011 ernsthaft gefährden.

(Beifall von der LINKEN)

Durch diesen Zeitdruck verhindern Sie eine ausreichende Beratung Ihres Gesetzentwurfes; denn Sie wissen, dass der Gesetzentwurf eine gefährliche Schiefelage hat. Sie investieren zu wenig, und von dem Wenigen, das Sie investieren, geht das meiste in die Beitragsfreiheit und nicht in die Betreuungsqualität. Das ist der falsche Weg; denn beide Ziele sind gleichwertig.

(Beifall von der LINKEN)

Statt der von Ihnen geplanten Politik der Verwaltung des Mangels müssten Sie mindestens das Fünffache investieren. Anders können Sie Ihre Versprechen nicht erfüllen und werden gegenüber dem Wähler wortbrüchig.

Alein um die Personalsituation zu entlasten und die Kürzungen bei den Personalkosten der vergangenen Jahre rückgängig zu machen, müssten Sie rund 450 Millionen € investieren. Dann haben wir noch nicht einmal über die Investitionskosten für ein U3-Ausbauprogramm gesprochen, das dem Bedarf an U3-Plätzen auch tatsächlich gerecht wird.

Meine Damen und Herren, wenn Sie in diesen drei Punkten nicht deutlich mehr machen, enthalten Sie den Menschen eine Zukunftsdividende vor und brechen mit Ihrer Politik der sogenannten Prävention. Das wäre unverantwortlich und würde von den Menschen nicht verstanden. Das schreibe ich Ihnen heute ins Stammbuch. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Atalan. – Als nächste Rednerin hat Frau Ministerin Schäfer das Wort für die Landesregierung. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe diese Debatte aufmerksam verfolgt. Über einige der Redebeiträge bin ich schon mehr als überrascht; ich gestehe aber gerne zu, dass es für die Opposition schwierig ist, hier Kritikpunkte herauszufischen.

(Beifall von der SPD)

Im Haushalt für das Jahr 2011 werden wir 242 Millionen € zusätzlich für die Unterstützung der Kinder in unseren Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stellen. Herr Tenhumberg, wir haben alle merken, lesen und hören können, dass die CDU – in Person von Herr Laumann – in Presseankündigungen dazu aufgefordert hat, den Beitrag, den wir für die Kitas zusätzlich einstellen wollen, zu streichen. Erst gestern haben wir alle Anträge der FDP abschlägig beschieden, im Bereich der frühkindlichen Förderung zu streichen. Ich möchte wissen, wie Sie Qualitätsverbesserung weiterentwickeln wollen, wenn Sie nicht der Meinung sind, dass man dafür zusätzliches Geld braucht.

(Beifall von der SPD)

Sie haben alles abgelehnt, sind aber der Meinung, viele Dinge müssten verändert werden. Das ist sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite sagen Sie: Wir haben das KiBiz auf den Weg gebracht. – Auf der anderen Seite sagen Sie, was alles noch verändert werden muss. Sie reden da also mit gespaltener Zunge. Anders kann ich das nicht wahrnehmen.

(Beifall von der SPD)

Noch einmal: Es ist schwierig. Daran, dass das Kinderbildungsgesetz in Kraft getreten ist, waren Sie auch in der Regierungsverantwortung intensiv beteiligt. Seitdem steht das Gesetz ständig in der Kritik. Das führt dazu, dass wir gegenwärtig in einer Situation sind, in der die Kommunen sehr sorgfältig darüber nachdenken, welche Schritte sie finanziell mit unterstützen können und welche Schritte sie nicht mittragen können. Denn Sie haben beim Kinderbildungsgesetz die Konnexität sträflich missachtet, Sie haben sie überhaupt nicht umgesetzt. Das hat zu einem Verfassungsgerichtsurteil geführt, das uns jetzt die Folgelasten aufbürdet. Eine riesengroße Baustelle!

(Beifall von der SPD)

Wir wollten dafür – wie beim Nachtrag, den Sie beklagt haben – Geld in den Haushalt stellen. Aber noch nicht einmal das ist uns möglich gemacht worden. Das heißt: Sie richten einen Scherbenhaufen an, wir wollen reparieren, aber das, was wir dazu tun wollen, wollen Sie auch noch mal unterwandern.

Insofern würde ich den Mund an Ihrer Stelle nicht so voll nehmen, Herr Tenhumberg, denn in der Tat gibt es laute und deutliche Kritik an dem, was Sie uns hinterlassen haben.

Ich möchte aber auch noch ein Wort zu Herrn Hafke sagen: Herr Hafke, Sie reden von „Wahlgeweschen“. Ich habe es Ihnen eben schon zugerufen: In Niedersachsen – Sie haben es selber gesagt – hat man die Gebührenfreiheit ebenfalls eingeführt.

(Marcel Hafke [FDP]: Die haben es aber anständig finanziert!)

Ich zitiere einmal aus einer Kleinen Anfrage, die eine SPD-Abgeordnete bezogen auf die Beitragsfreiheit gestellt hat. Die niedersächsische Landesregierung hat am 11. Mai 2009 geantwortet:

„Die Landesregierung in Niedersachsen hat sehr frühzeitig erkannt, dass der beitragsfreie Besuch des Kindergartens ein unverzichtbarer Baustein zukunftsgerichteter Landespolitik ist.“

Das sehen wir hier in Nordrhein-Westfalen genauso.

Wenn Sie jetzt sagen, wir hätten das Geld nicht und müssten dafür Schulden aufnehmen, ist das – was Kinder angeht – eine ziemlich üble Aussage. Denn man kann auch über alle anderen Posten im Haushalt nachdenken und sagen, dass wir dafür Schulden aufnehmen müssen.

(Marcel Hafke [FDP]: Aber das haben Sie nicht gemacht!)

Warum gerade bei Kindern und bei Jugendlichen?

(Beifall von der SPD)

Ich sage an dieser Stelle etwas, was ich auch im Land sehr oft sage: Wir müssen alle darüber nachdenken, wie wir durch die Bankenkrise gekommen sind, wie viel Geld uns das gekostet hat. Es heißt immer: Das ist systemrelevant. – Ich sage: Kinder und Jugendliche sind mindestens genauso systemrelevant. Deswegen investieren wir in Nordrhein-Westfalen mit Rot-Grün viel Geld für Kinder und Jugendliche.

Bei dem, was Sie über die Beitragsfreiheit sagen – um das auch noch geradezurücken –, vergleichen Sie fünf Monate mit zwölf Monaten. Das ist der erste Denkfehler.

(Marcel Hafke [FDP]: Nein!)

Zum Zweiten: Wissen Sie eigentlich, wie viel Prozent die Eltern in Niedersachsen mit ihren Beiträgen aufbringen müssen? Wissen Sie das?

(Kai Abruszat [FDP]: Wir sind hier nicht in der Schule!)

– Ich frage nur nach, weil er das vergleicht. Er muss doch wissen, was er vergleicht. In Niedersachsen sind es 25 %. Bei uns sind es unter 20 %. Das ist doch wohl ein kleiner Unterschied. Ich würde an Ihrer Stelle zunächst genau hinschauen, bevor ich hier mit solchen Zahlen operiere. Gucken Sie sich das mal in Ruhe an. Ich gebe Ihnen gerne die Internetadressen dafür.

Zum Abschluss noch eine Bemerkung dazu, wir müssten uns verschulden, weil wir das Geld nicht hätten. Ich sage es an dieser Stelle noch einmal, weil mich das wirklich kolossal geärgert hat: Durch Ihr Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf Bundesebene wird der Haushalt in Nordrhein-Westfalen mit 880 Millionen € belastet. Das Geld hätte ich gerne

für Kinder und Jugendliche mehr. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Insofern sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Gesetzesentwurf Drucksache 15/1929** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss** und an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** zu **überweisen**. Ich frage, ob es hierzu Gegenstimmen gibt. – Enthaltungen? – Dann stelle ich die Zustimmung aller Fraktionen zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

6 Der Landtag begrüßt und bekräftigt das besondere Verhältnis Nordrhein-Westfalens zu Israel

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1916

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2044

Entgegen der ausgedruckten Tagesordnung wird dieser **Antrag** einschließlich Entschließungsantrag heute nicht behandelt, sondern auf die nächste Plenarsitzung **geschoben**.

Ich rufe auf:

7 Personalvertretung in den Schulen stärken – Schulgesetz ändern

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1913

Ich eröffne hierzu die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Die Linke der Frau Abgeordneten Böth das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Gunhild Böth (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns zurzeit in der parlamentarischen Beratung des Landespersonalvertretungsgesetzes, zu dem wir eine Anhörung

durchgeführt haben. Darüber wird lang und breit diskutiert. Das ist völlig richtig und gut so.

Der Bereich der öffentlichen Schulen wird im Landespersonalvertretungsgesetz nicht ausreichend berücksichtigt. Hier gibt es einige Lücken, die nicht dringend im Landespersonalvertretungsgesetz, sondern im Schulgesetz gefüllt werden müssen. Es geht darum, dass die Stellung der Lehrerräte unter Schwarz-Gelb verändert worden ist, und zwar im Zusammenhang mit der Stellung der Schulleitungen. Die Schulleitungen haben Aufgaben erhalten, die sie vorher nicht hatten. Ob das richtig oder gut ist, steht jetzt nicht zur Debatte. Aber durch die veränderte Rolle der Schulleitung haben die Lehrerräte veränderte Aufgaben erhalten.

In diesem Zusammenhang muss man, wenn man das Landespersonalvertretungsgesetz in eine bestimmte Richtung ändern möchte, um den Beschäftigten mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zu geben, auch über das Schulgesetz debattieren, weil die Lehrerräte mit der Zunahme der Dienstvorgesetzten-Eigenschaften der Schulleitungen dazu kommen, sozusagen wie ein Minipersonalrat auf der untersten Ebene zu fungieren. Dafür sind die Lehrerräte aber nicht ausgestattet, weder was ihre Fortbildung und ihre Entlastung, noch was ihre finanziellen Mittel angeht. Das ist ein Punkt.

Es gibt noch ein weiteres Problem. Im Rahmen des Schulgesetzes gibt es nicht nur die Schulleitung und den Lehrerrat, sondern auch andere Mitbestimmungsgremien, nämlich die Schulkonferenz, die bestimmte Aufgaben innehat, insbesondere in Bezug auf eine größere Selbstständigkeit von Schulen. Das ist das Problem. Ich nenne hier nur das Stichwort „Budgethoheit“. In diesem Zusammenhang fallen Aufgaben für den Schulleiter an, die mit der Schulkonferenz geklärt werden, die aber zum Teil querliegen zu dem, was man normalerweise mit einem Personalrat klären würde.

Die Frage lautet schlicht und ergreifend: Wollen wir den Lehrerrat zur kleinsten Personalratsebene machen? – Das sehe ich zurzeit nicht so, aber darüber könnte man beraten – das ist nicht der Punkt –, und darüber müssen wir dringend beraten.

Aus diesem Grunde haben wir diesen Antrag gestellt. Die Ministerin für Schule soll sich des Themas annehmen und im Rahmen der Beratungen über das LPVG, weil es inhaltlich zusammengehört, Vorschläge vorlegen, wie im Schulgesetz eine Angleichung der Prinzipien aus dem LPVG erfolgen könnte. Das ist Sinn und Zweck dieses Antrages. Es muss abgestimmt werden, was die Schulkonferenz tun kann und tun sollte, was die Lehrerkonferenz entscheiden kann und können sollte, welche Aufgaben die Schulleitungen haben, welche Dienstvorgesetzten-Eigenschaften sie haben sollten und ob es wirklich funktional ist, den Lehrerrat der Schulleitung als Dienstvorgesetztenstelle gegenüberzustellen, oder ob es nicht sehr viel sinnvoller wäre, einen